

VOLKS
BLATT **SPLITTER**

**Dieter Thomas Heck
bekommt Verdienstorden**

MAINZ – Der Moderator Dieter Thomas Heck bekommt den Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz. Wie die Staatskanzlei in Mainz am Mittwoch mitteilte, wird der 65-Jährige damit für sein berufliches und soziales Engagement ausgezeichnet. «Dieter Thomas Heck hat über Jahrzehnte Millionen von Menschen mit der Präsentation von Musik Freude bereitet und gleichzeitig die Hilfsbereitschaft der Menschen ganz unmittelbar angesprochen», hiess es in einer Mitteilung der Staatskanzlei. So sei beispielsweise der Erlös der traditionellen Verleihung der Goldenen Stimmgabel auch sozialen Einrichtungen in Rheinland-Pfalz zu Gute gekommen. Ministerpräsident Kurt Beck wird Heck die Auszeichnung am 27. August in Mainz übergeben.



**«Oben ohne»: Gefängnisstrafe
für Britin in Griechenland**

LONDON – Eine junge Britin ist auf der Ferieninsel Rhodos zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie in einer Discothek ihren nackten Busen gezeigt hat. Sie kann die Gefängnisstrafe umgehen, wenn sie 3870 Franken Busse bezahlt. Wie britische Zeitungen berichteten, wurde die 18-jährige Jemma-Anne Gunning festgenommen, kurz nachdem sie in einem Nachtclub im Rahmen einer Strip-Show zur «Miss Hintern 2003» gekürt worden war. Nach eigenen Angaben hatte sie dabei auf der Bühne ihr Bikini-Top «verloren». Sie verbrachte die Nacht in einer Zelle und wurde wegen Erregung öffentlichen Argernisses und unsittlicher Zurschaustellung verurteilt. «Ich habe das Gefühl, in einem Albtraum zu sein, aus dem ich nicht aufwache», sagte Gunning. Chefankläger George Economou hatte ihr erklärt, sie müsse die Moral in ihrem Gastland akzeptieren.

Endlich zu Hause

Die Schweizer Ex-Geiseln sind heimgekehrt – EDA schweigt zu Lösegeld

BERN – Die vier in der algerischen Sahara entführten Schweizer Touristen sind zurück in der Heimat. Sie wurden in Zürich von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und ihren Familien empfangen. Zu Lösegeldzahlungen äusserte sich das EDA vor den Medien nicht.

Peter Sutter, Chef des Krisenstabes des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), sagte dazu: «Wir können und wollen nicht wissen, wie die malischen Unterhändler eine Lösung erreicht haben.»

An den Kosten der Geiselnbefreiung werde sich die Schweiz solidarisch-anteilmässig beteiligen, sobald die Gesamtausgaben auf dem Tisch lägen, hiess es weiter. Sicher würden auch die Reiseversicherungen in Anspruch genommen, sagte Sutter.

Für Aussenministerin Calmy-Rey ist klar, dass sich die Entführer nicht an den finanziellen Aufwendungen im Zusammenhang mit ihrer Freilassung beteiligen müssten. Die drei betroffenen Länder hätten eine solidarische anteilmässige Aufteilung der Kosten vereinbart.

Laut Botschafter Sutter ist es zwar üblich, dass Personen, die konsularischen Schutz beanspruchen, sich an den Kosten beteiligen. In diesem Fall handle es sich



Ende gut, alles gut: Die beiden Ex-Geiseln Sybille Graf, links und Silja Staeheli betreten nach einem halben Jahr wieder Schweizer Boden.

aber um ein Verbrechen, und es gehe nicht an, dass Opfer eines Verbrechens zur Kasse gebeten würden.

Am Mittwoch wurde bekannt, dass die Bundesanwaltschaft bereits im April ein gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täterschaft eröffnet hatte. Zwei Beamte der Bundeskri-

minalpolizei ermitteln weiterhin vor Ort in Algerien und Mali.

Halbes Jahr gefangen

Die vier Schweizer Touristen – zwei Frauen und zwei Männer – gehörten zu der Gruppe mit zuletzt noch 14 europäischen Touristen, die vor rund einem halben Jahr in der algerischen Sahara entführt

worden waren. Nach langwierigen Verhandlungen kamen sie am Montagabend frei und kehrten am Mittwoch nach Europa zurück.

Bei ihrer ersten Station in Köln sagte der deutsche Vermittler und Staatssekretär im Aussenministerium, Jürgen Chrobog, die Entführer seien gesund. Auf dem Flug seien die 14 Personen «entspannt, fröhlich und euphorisch» gewesen.

«Auch mental sind alle in guter Verfassung», sagte er weiter. Er appellierte an die Öffentlichkeit, den neun Deutschen, vier Schweizern und einem Niederländer Zeit zu lassen, die Erlebnisse zu verarbeiten.

Nicht misshandelt

Entsprechend spärlich waren die Statements, die von den ehemaligen Entführten selbst an die Öffentlichkeit kamen. So hatte die Schweizer Ex-Geisel Marc Hediger Reportern in Bamako gesagt, sie seien von ihren Entführern nicht misshandelt worden. «Aber es gab Perioden der Anspannung und der Angst.»

«Wir stellten uns viele Fragen über unser Schicksal», sagte Hediger, «über das, was in den Köpfen unserer Entführer vor sich ging.» Seine Gefühle gegenüber den Entführern seien unbestimmt. Er habe erst spät erfahren, dass es sich um islamistische Terroristen handelte.

Israel kündigt Militärschläge an

Nach Anschlag – Zunächst aber kein gross angelegter Vergeltungsangriff

JERUSALEM – Nach dem blutigen Selbstmordanschlag in Jerusalem hat Israel eine Reihe gezielter Militärschläge gegen palästinensische Extremisten beschlossen.

Wie am Mittwoch aus israelischen Sicherheitskreisen verlautete, sollen diese Aktionen unabhängig davon erfolgen, ob die Autonomiebehörde gegen die militanten palästinensischen Gruppen durchgreift. Eine gross angelegte Militäroffensive sei aber nicht geplant. Der Anschlag kostete am Dienstag mindestens 20 Menschen das Leben. Die ersten israelischen Militärschläge wurden bereits für Mittwochabend erwartet. Am Abend rückten laut Augenzeugen



Israelische Kinder beteten gestern für die Ermordeten.

rund ein Dutzend Panzer auf Ramallah im Westjordanland vor. Zuvor hiess es aus Sicherheitskreisen, Ministerpräsident Ariel Scharon habe entschieden, zunächst von einer grösseren Vergeltungsoffensive abzusehen.

Das palästinensische Kabinett beriet am Mittwochabend in einer zweistündigen Krisensitzung über das weitere Vorgehen gegen die militanten Organisationen. Eine Entscheidung wurde zunächst aber nicht bekannt gegeben. Ein Sprecher erklärte lediglich, in den Autonomiegebieten werde für Rechtsstaatlichkeit gesorgt. Zuvor hatte die Autonomiebehörde ihre Kontakte zu den radikalen Gruppen abgebrochen.

Kein «Mr. Miami Nice»

Don Johnson will klagen

HAMBURG – Der US-Schauspieler Don Johnson will Schadenersatz vom Bundesfinanzministerium. Der Hamburger Medienanwalt Matthias Prinz sagte am Mittwoch, dass seine Kanzlei eine Klage vorbereite, weil der «Miami-Vice»-Star seinen Ruf geschädigt sieht.

Laut Prinz war Johnson im November 2002 in Bietingen am Grenzübergang von der Schweiz in eine Kontrolle geraten, bei der die deutschen Zöllner Bankbelege in Höhe von acht Milliarden Dollar gefunden hatten. Die Unterlagen seien jedoch nicht auf Johnson, sondern auf einen anderen Amerikaner ausgestellt gewesen. Der Vorgang kam an die Öffentlichkeit, woraufhin Johnson erklärte, die Unterlagen

hätten für Verhandlungen über die Finanzierung von Filmprojekten gedient. Prinz bestätigte auch, dass in Deutschland nicht gegen den Schauspieler ermittelt werde. Johnson werfe Eichels Behörde aber Rufschädigung vor, da sein Name offenbar von Beamten seines Hauses weitergegeben worden sei.



Rufschädigung? Ex-Fernsehcop Don Johnson will klagen.

UNO will bleiben

Rolle der UN in Irak auf dem Prüfstand

BAGDAD – Nach dem blutigen Bombenanschlag auf den UN-Sitz in Bagdad steht die Rolle der Weltorganisation beim Wiederaufbau Iraks auf dem Prüfstand. Der russische Präsident Wladimir Putin rief die UN auf, ihre Mission «trotz des barbarischen Terroranschlags» fortzusetzen.

UN-Generalsekretär Kofi Annan bekräftigte, dass die Vereinten Nationen in Irak bleiben wollten. Die Weltbank sowie der Internationale Währungsfonds (IWF) kündigten indes den Abzug ihrer Mitarbeiter aus Irak an.

Wie aus US-Regierungskreisen verlautete, begannen IWF und Weltbank bereits am Mittwoch mit der Abberufung ihrer Mitarbeiter

aus Bagdad. Darüber hätten beiden Organisation das Finanzministerium in Washington informiert. Der Regierungsvertreter äusserte sich enttäuscht über den Abzug in einer Situation, «in der alle internationalen Organisationen ihre Entschlossenheit verstärken sollten, nach diesem Anschlag den Terror zu bekämpfen».

Auf der Suche nach den Tätern durchkämmten Ermittler der US-Bundespolizei FBI am Mittwoch die Trümmer des zerstörten Gebäudes, unter denen noch weitere Leichen vermutet wurden. FBI-Spezialagent Thomas Fuentes erklärte, die Bombe sei vermutlich mit Sprengstoff aus früheren Beständen der irakischen Streitkräfte gebaut worden.

**Herbstmesse
Dornbirn**
30. Aug. bis 7. Sep.



Sonderschau „Bauern-Welten“
Mit 300 Tieren, Schweinerennen, Baumfällern, Schauküche und Alpbabine

Hypo-Modeschau
Dreimal täglich mit Unterstützung von VTex

Präsentation „Total normal“
Aus Anlass des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung
Rollodrom, Hunde-Vorführungen, Special Olympics

600 Aussteller
• Auto-Parade
• Bauen & Wohnen
• Burgenland
• Möbel & Küchen
• Natur aus dem Bregenzerwald

Gratis-Fahrt mit Bus und Bahn



Tel. +43 (55 72) 305-0
www.dornbirnermesse.at